

Gegenstand des Antrags:

Lernen, aber richtig!

Der Landesvorstand der CDU Berlin möge auf seiner Klausurtagung am 09. und 10. März 2018 beschließen:

Das beständige Wachstum unserer Stadt und die anhaltend schlechten Ergebnisse der Berliner Bildungspolitik erfüllen uns mit Sorge um die Zukunft unserer Berliner Kinder und erfordern ein kraftvolles Handeln der Politik. Die Berliner CDU schlägt daher im Folgenden eine Fülle an Maßnahmen vor - so zum Beispiel: einen „Masterplan Grundschule“, der das richtige Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen in den Mittelpunkt stellt; einen „Entwicklungsplan für die Berliner Gymnasien“, der diese nicht nur sichert und stärkt, sondern auch deren Aus- und Neubau beinhaltet; die Einführung eines „Demokratie-Parcours“, um neben einer fundierten Wissensvermittlung auch die Vermittlung demokratischer Werte sicherzustellen.

1 Berlin ist trauriges Schlusslicht bei der Bildung

In Berlin verantwortet die SPD seit 21 Jahren die Entwicklung der Berliner Schulen in der Senatsverwaltung für Bildung – mit den fortwährend und alarmierend schlechten Ergebnissen! Berlin ist seit Jahren das traurige Schlusslicht bei allen Vergleichsarbeiten der Bundesländer. Anspruch und Ziel der CDU Berlin sind es, diesen unrühmlichen Zustand zu beenden und endlich eine Trendwende einzuleiten!

In Regierungsverantwortung war es der CDU in den Jahren von 2011 bis 2016 gelungen, die Bildungspolitik in Berlin mittels eines Schulfriedens wieder pragmatischer zu gestalten und bessere Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen zu schaffen. Beispiele hierfür sind die Abschaffung des Zwangs zum jahrgangsübergreifenden Lernen (JüL), das Ende der Früheinschulung, die Verbesserung der Personalausstattung der 7. Klassen im Gymnasium, die Entwicklung der freien Berufsschulen, das Einsetzen von Verwaltungsleitern an den Schulen, die Sicherstellung einer breiten Beteiligung bei der Rahmenlehrplan-Diskussion, die Reform der Grundschullehrerbildung (und die damit verbundene bessere Bezahlung für alle Grundschulpädagogen) und die Einführung des Praxis-Semesters im Lehramtsstudium.

Seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2016 verfolgt die rot-rot-grüne Linkskoalition in Berlin rein ideologische Ansätze in ihrer Bildungspolitik: Die Gemeinschaftsschule soll zur Regelschule und die Lehrerbildung soll ungeachtet der unterschiedlichen Bildungsgänge gleichmacherisch vereinheitlicht werden. Gleichzeitig werden einheitliche Prüfungsvorgaben, Vergleichsarbeiten und eine Niveauanhebung strikt abgelehnt. Die Inklusion wird auf Kosten der Schwächsten und ohne angemessene pädagogische Begleitung vorangetrieben, Förderbedarf darf nicht mehr diagnostiziert werden; gleichzeitig werden die pädagogisch anspruchsvollen Förderzentren ausgehöhlt, freie Schulen werden gegängelt und Gymnasien benachteiligt.

In der Berliner Bildungspolitik besteht dringender Handlungsbedarf; das belegen nicht nur die anhaltend schlechten Ergebnisse der Vergleichsarbeiten. Die CDU Berlin fordert daher einen „Masterplan Grundschule“, damit alle Grundschüler endlich wieder die Mindeststandards beim Lesen, Schreiben und Rechnen erfüllen. Die Stärkung der Berliner Gymnasien durch einen

„Entwicklungsplan“ ist uns außerdem besonders wichtig und verdeutlicht, dass die CDU weiterhin die einzige politische Kraft in Berlin ist, die sich inhaltlich-konzeptionell um die Förderung lernstarker Kinder kümmert. Die zahlreichen Debatten in unserer Stadt zeigen darüber hinaus immer wieder auf, wie wichtig auch Wertevermittlung und Demokratieerziehung in der Schule sind.

2 Alle Grundschüler erreichen mit dem „Masterplan Grundschule“ Mindeststandards!

Grundschulen kommt eine große Bedeutung zu. Hier werden für alle Schülerinnen und Schüler die entscheidenden Weichen für ihren individuellen Bildungserfolg gelegt. Ihre Aufgabe ist es, Kinder mit Freude an das Lernen heranzuführen und fundierte Grundfertigkeiten zu vermitteln. Wir wollen, dass alle Kinder von Anfang an bestmöglich entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert und gefordert werden und ein sicheres Fundament für künftige Lernerfolge gelegt wird.

Die Situation an den Grundschulen wird immer besorgniserregender. In vielen Berliner Grundschulen kann die große Heterogenität der Schülerschaft, die schon erfahrene Lehrkräfte an ihre Grenzen bringt, von den Lehrerinnen und Lehrern nicht mehr aufgefangen werden. Immer mehr Kinder weisen große Lücken im Lesen, Schreiben und Rechnen auf; Grundfertigkeiten, die in der Oberschule kaum mehr nachgeholt werden können. Es herrscht starker Lehrermangel, eingestellte Lehrerinnen und Lehrer verfügen immer seltener über eine fundierte Ausbildung, Rektoratstellen bleiben unbesetzt. Inklusion um jeden Preis und die Aufnahme vieler Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse werden die Herausforderungen absehbar weiter verschärfen. Berlins Schülerinnen und Schüler sind bei den einschlägigen Vergleichsuntersuchungen der Bundesländer nicht nur seit vielen Jahren Schlusslicht, sondern schaffen es mittlerweile nicht einmal mehr, die Mindestanforderungen zu erfüllen. Dies verdeutlichen insbesondere die Ergebnisse der bundesweiten Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) aus dem Jahr 2016. Danach erreichen 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler nicht die von der Kultusministerkonferenz (KMK) definierten Mindeststandards im Lesen, 16 Prozent nicht im Zuhören, 34 Prozent nicht in der Orthographie und 28 Prozent nicht in der Mathematik. Besonders bedrückend ist, dass es seit der Vergleichsstudie im Jahr 2011 in Berlin so gut wie keine Verbesserung gab.

Schlechte Grundschulen verbauen unseren Kindern Zukunftschancen und sind damit hochgradig unsozial. Die Verbesserung der Grundschülerleistungen muss daher dringend zur Priorität in der Berliner Bildungspolitik werden. Die CDU Berlin fordert den Berliner Senat deshalb auf, umgehend einen „Masterplan Grundschule“ zu erarbeiten.

Der „Masterplan Grundschule“ muss folgende Prioritäten und Maßnahmen verfolgen:

- **Übergang Kita-Schule reibungslos gestalten:** Das Sprachlernstagebuch ist bei verantwortungsvoller und kompetenter Führung ein sinnvolles Instrument zur Sprachstands-erhebung und zur Bestimmung angepasster Lernmaßnahmen. Kein Kind, das schon Vorkenntnisse mitbringt, soll in der Grundschule wieder bei null anfangen müssen. Gleichzeitig müssen einige Kinder gesondert gefördert werden. Deswegen müssen Kita und Grundschule verbindlich bei den Eltern für die Weiter- bzw. Übergabe des Sprachlernstagebuchs werben und Grundschulen diese Erkenntnisse ab dem ersten Schultag nutzen. Wir wollen, dass Erzieherinnen und Erzieher im Laufe ihres Arbeitslebens zwischen Kita und Grundschule wechseln. Vorklassen sollen einen geregelten und begleiteten Übergang von der Kita in die Schule ermöglichen. Außerdem wollen wir, dass

Eltern über die individuellen Fördermöglichkeiten von Förderzentren informiert werden und bei Bedarf sonderpädagogischer Förderbedarf der Kinder innerhalb einer Frist von zwei Monaten diagnostiziert wird.

- **Methodenkritik, klares Lernfortschrittsmonitoring, verbindliche Inhalte und Ziele:**

Grundsätzlich entscheiden die Lehrerinnen und Lehrer über den Einsatz der Methoden im Unterricht. Sie müssen allerdings reflektiert und richtig angewandt werden. Die Methode "Schreiben nach Gehör" wird von der Mehrheit der Eltern, die das Schreiben-Lernen ihrer Kinder unterstützen müssen, abgelehnt. Die schlechten Ergebnisse der Grundschüler bei Vergleichsstudien – insbesondere bei Schülerinnen und Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache, die an vielen Berliner Schulen weit mehr als die Hälfte der Schülerschaft ausmachen – unterstützen diese Kritik. Daher lehnen wir diese Methode an unseren Grundschulen ab. Wir wollen, dass diagnostische Tests die Regel werden und die Durchführung und Auswertung dieser Tests transparent erfolgen. Im Vergleich zu anderen bildungsstarken Bundesländern hinkt Berlin aktuell bei der Anzahl der Wochenpflichtstunden in den Grundschulen weit hinterher. Die CDU Berlin fordert, dass mehr Unterrichtszeit als bisher verpflichtend in das Erlernen der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen fließen muss. Leistungserwartungen beispielsweise beim Wortschatz oder beim Schrifterwerb müssen gehoben statt gesenkt werden. Dazu gehört für uns auch das Erlernen der verbundenen Schreibschrift. Wir wollen, dass berlinweit einheitliche Vergleichsarbeiten mit einheitlichen Korrektur- und Bewertungsvorgaben in der vierten und sechsten Klasse eingeführt werden. Der Anspruch muss sein, dass alle Berliner Kinder die von der KMK gesetzten Regelstandards erreichen. Sämtliche künftigen Maßnahmen müssen dem Ziel dienen, alle Grundschüler bis zum Jahr 2021 zumindest auf Mindestniveaus zu führen.

- **Qualitätssichernde Maßnahmen bei Quereinsteigern:** In der ersten Klasse werden entscheidende Weichenstellungen für den späteren Lernerfolg gelegt. Deswegen dürfen Quereinsteiger in Mathematik und Deutsch nicht in der ersten Grundschulklasse und auch nicht als Klassenlehrer eingesetzt werden. Sie müssen das pädagogische und didaktische Handwerkszeug, oft auch die fachlichen Voraussetzungen, unter großem Stress berufsbegleitend erst noch erwerben. Außerdem muss der Einsatz von Quereinsteigern pro Schule begrenzt werden.

- **Stärkere Entlastung und Unterstützung der Schulleitung und der Lehrkräfte:** Schulleiterinnen und Schulleiter müssen sich hauptsächlich der Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie der Personalführung und -entwicklung widmen können. Deshalb wollen wir, dass jede Grundschule schnellstens eine Verwaltungskraft bekommt. Auch die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer durch andere Professionen – Sonderpädagogen, Sozialarbeiter, IT-Experten, Hausmeister, ggf. Krankenschwestern und Psychologen – muss zügig ausgebaut werden, damit die Lehrkräfte den Rücken frei fürs Unterrichten haben. An Brennpunktschulen sollten in der Schuleingangsphase grundsätzlich zwei Lehrkräfte eine Klasse gemeinsam unterrichten (sog. „Doppelsteckung“), um den besonderen Anforderungen im Hinblick auf Inklusion und Migration Rechnung tragen zu können. Lehramtsstudierende dürfen aus unserer Sicht keinen eigenständigen Unterricht erteilen, aber sie sollen Lehrerinnen und Lehrern in einem eng definierten zeitlichen und inhaltlichen Rahmen als „Pädagogische Hilfskräfte“ (ähnlich den „Wissenschaftlichen Hilfskräften“ an Universitäten) unterstützen können. Für

124 den Abschluss Lehramts-Bachelor muss ein Aufgabenbild entworfen werden.

125 • **Neues Lehrerbild:** Die Grundschullehrerin bzw. der Grundschullehrer der Zukunft wird
126 Teamspieler statt Einzelkämpfer sein müssen. Im Team gilt es, konkrete Zielsetzungen
127 (Meilensteine, regelmäßige angepasste Tests) und gemeinsame Unterrichtsvorbereitung
128 umzusetzen. Lernumgebung und Arbeitsbedingungen sollen Lern- und Arbeitsfreude
129 fördern; Probleme und Konflikte müssen frühzeitig erkannt und bearbeitet werden. Hierzu
130 muss unter anderem die Kooperation auf Augenhöhe zwischen Lehrern und Erziehern
131 verstärkt werden. Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher sollen sich gemeinsam Ziele
132 setzen und bei der individuellen Förderung sowie bei der Gestaltung des
133 Ganztagsangebots Hand in Hand arbeiten.

134 • **Kritische Medienbildung ab der 1. Klasse / Smartphone-Verbot:** Kinder von heute
135 verbringen viel mehr Zeit mit dem Smartphone spielend als mit Büchern. Studien zeigen,
136 dass Kinder vielfach schon im Grundschulalter mit Gewaltspielen und kindergefährdenden
137 Internetseiten in Berührung kommen. Wir wollen, dass Eltern stärker als bisher dafür
138 sensibilisiert werden, wie groß ihr Anteil am Bildungserfolg ihrer Kinder ist, und sich
139 stärker mit dem Medienkonsum ihrer Kinder auseinandersetzen. Wir sprechen uns für
140 einen pädagogisch sinnvollen Einsatz digitaler Medien in der Grundschule aus, aber gegen
141 die Nutzung privater Smartphones.

142 3 Entwicklungsplan für die Berliner Gymnasien

143 Rot-Rot-Grün lässt die rund 100 Berliner Gymnasien links liegen. Die SPD-geführte
144 Bildungsverwaltung hat keinerlei Interesse, Ideen oder Visionen für die Zukunft unserer
145 Gymnasien zu entwickeln. Beim notwendigen Schulneubau und -ausbau setzt Rot-Rot-Grün fast
146 ausschließlich auf Integrierte Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen, die Begabtenförderung
147 wird aufgeweicht und die Lehrerausbildung entsprechend den unterschiedlichen Bildungsgängen
148 bekämpft, indem man sie gleichmacherisch vereinheitlicht. Statt offener Abschaffung ist es
149 offenkundig Ziel des rot-rot-grünen Senats, die Berliner Gymnasien schleichend durch schlechtere
150 Personalausstattung, größere Klassen und trotz fehlender Lernvoraussetzungen hereingeloste
151 Kinder auszuhöhlen.

152 Die CDU bleibt die politische Kraft, die sich ausdrücklich und uneingeschränkt für den Bestand und
153 die Stärkung der Gymnasien als unverzichtbare Schulform für lernstarke Kinder, insbesondere zur
154 Vorbereitung auf ein Hochschulstudium, einsetzt. Für uns gilt das Leistungsprinzip: Kein Schüler
155 und keine Schülerin mit mehrheitlich Einsen und Zweien auf dem Zeugnis soll von einem Berliner
156 Gymnasium abgewiesen werden!

157 Um die Zukunft der Berliner Gymnasien zu sichern, muss Folgendes geschehen:

158 • **Neue Gymnasien bauen und bestehende vergrößern:** In Berlin müssen aufgrund
159 steigender Schülerzahlen viele Schulen neu oder ausgebaut werden. Prognosen gehen
160 davon aus, dass bis zum Jahr 2025 neue Schulplätze für zusätzlich rund 85.000
161 Schülerinnen und Schüler geschaffen werden müssen. Das entspricht mehr als einem
162 Viertel der heutigen gesamten Schülerschaft in Berlin (Schuljahr 2017/18: 315.358). Bis
163 2025 braucht Berlin deshalb 60 bis 70 neue Schulen. Es ist erklärter Wille der rot-rot-
164 grünen Landesregierung, beim „Schulneubau vor allem die Neugründungen von

Gemeinschaftsschulen“ zu unterstützen (Koalitionsvertrag S. 10f.). Diese Schwerpunktsetzung halten wir für falsch. Das Verhältnis von Gymnasien zu Integrierten Sekundarschulen (samt Gemeinschaftsschulen) beträgt derzeit 1:1,4. Die CDU Berlin fordert, dass die Gymnasien entsprechend den steigenden Schülerzahlen im gleichen Maße wie die Integrierten Sekundarschulen bedarfsgerecht neu und ausgebaut werden. Darüber hinaus sollen für Gymnasien Möglichkeiten zusätzlicher Klassen in den Jahrgängen 5 und 6 eröffnet werden.

- **Gymnasialplatz nach Leistung statt nach Losglück:** Die CDU Berlin fordert, das Losverfahren an den Berliner Gymnasien abzuschaffen. Dadurch erhöhen wir die Wahrscheinlichkeit, dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler mit einem Notendurchschnitt von bis zu 2,4 am Ende der Grundschulzeit einen Platz an ihrem präferierten Gymnasium erhalten.
- **G-8 flächendeckend einführen:** Momentan deckelt der Berliner Senat die Gymnasien auf 70 grundständige Züge stadtweit. Die CDU Berlin fordert, dass diese willkürliche Knebelung der Gymnasien abgeschafft wird. Aufbauend auf den guten Erfahrungen einiger Profilgymnasien wollen wir es auch den allgemeinbildenden Gymnasien ermöglichen, bei entsprechender Nachfrage Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klassenstufe aufzunehmen. Damit würde in Berlin G-8 als Regelstandard für das Gymnasium überhaupt erst eingeführt.
- **Mittleren Schulabschluss automatisch mit Versetzung nach Klasse 11 verleihen:** Bei den Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss (MSA) wird an den Gymnasien in Klasse 10 Schulstoff aus Klasse 9 abgeprüft. Dies halten wir weder für pädagogisch sinnvoll noch für notwendig, sondern schlicht für Ressourcenverschwendung. Rot-Rot-Grün hat sich jeglichen Vorschlägen zur Reform der MSA-Prüfungen verweigert. Die CDU Berlin fordert, den MSA automatisch mit Versetzung in Klasse 11 zu verleihen, so wie in den meisten anderen Bundesländern auch. Bei Nichtversetzung soll es die Möglichkeit geben, die MSA-Prüfung extern abzulegen.
- **Oberstufe und Abiturprüfungen bundesweit vereinheitlichen:** Wir wollen, dass die Allgemeine Hochschulreife ihren Wert als Hochschulzugangsberechtigung behält und dass unsere Abiturientinnen und Abiturienten gut auf die Anforderungen der Universitäten bundesweit vorbereitet sind. Daher sprechen wir uns für den Abschluss eines Bildungsstaatsvertrags aus, in dem unter anderem sowohl die Kursbelegungen und -gewichtungen in der Oberstufe als auch die Abiturprüfungen stärker vereinheitlicht werden. Hierbei muss Berlin dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und die sogenannte „5. Prüfungskomponente“ in eine obligatorische mündliche Prüfung umwandeln.
- **Schulen mit europäischem und internationalem Profil ausbauen:** Berlin bietet heute vielen Menschen aus der ganzen Welt Arbeit oder sogar eine neue Heimat. Dadurch ist die Berliner Schülerschaft um ein Vielfaches bunter geworden. Insbesondere für die aus dem Ausland zuziehenden Fachkräfte sind international ausgerichtete Bildungseinrichtungen ein elementarer Faktor bei der Standortentscheidung. Und auch für viele Berlinerinnen und Berliner ist mittlerweile die Vermittlung guter Englisch-Kenntnisse von Anfang an wichtig.

207 Die CDU hat die Staatliche Europa-Schule Berlin vor über 25 Jahren auf den Weg gebracht;
208 wir befürworten deren Stärkung und Ausbau ausdrücklich. Vor allem im Osten unserer
209 Stadt gibt es einen hohen Bedarf an klassischen Europa-Schulen (deutsch-englisch,
210 deutsch-französisch, deutsch-spanisch). Für jedes Schulneubau oder -ausbauprojekt muss
211 daher obligatorisch die Einrichtung eines bilingualen Zweiges geprüft werden. Da die
212 Nachfrage nach bilingualen Angeboten oft überbezirklich ist, sollte die Steuerung zentral
213 beim Senat erfolgen. Die Erhebung der Nachfrage nach bilingualen Angeboten muss
214 frühzeitig, systematisch und transparent erfolgen. Darüber hinaus müssen bilinguale Kita-
215 Angebote zertifiziert, erhalten und ausgebaut werden.

216 **4 Unsere Kinder verdienen die Besten an den Schulen!**

217 Gut ausgebildete und motivierte Lehrerinnen und Lehrer sind mehr als vieles andere der Schlüssel
218 für gute Schülerleistungen. Berlin hat aufgrund steigender Schülerzahlen und absehbarer
219 Pensionierungswellen einen stark steigenden Lehrerberuf, vor allem in bestimmten Fächern. Es
220 gilt daher, den Lehrerberuf als solchen in Berlin attraktiver zu machen und die
221 Rahmenbedingungen weiter zu verbessern.

222 • **Zuverlässige Lehrbedarfsprognosen erstellen, regelmäßig Studienplätze anpassen,**
223 **Stipendienprogramm einrichten:** Die SPD-geführte Senatsverwaltung für Bildung hat es
224 jahrelang versäumt, rechtzeitig für mehr Studienplätze für Lehrerinnen und Lehrer zu
225 sorgen und ausgebildete Lehrkräfte in der Stadt zu halten. Auch jetzt bildet Berlin immer
226 noch weit unter Bedarf aus. Wir wollen, dass sich die derzeitig prekäre, chaotische
227 Situation nicht verfestigt und eine systematische Lehrbedarfsplanung eingeführt wird,
228 die zu einer jährlichen Anpassung der Zahl der Studienplätze führt. Außerdem wollen wir
229 Lehramtsstudierenden von Mangelfächern ein „Berlin-Stipendium“ von 300 Euro monatlich
230 anbieten, wenn sie sich nach Abschluss des Referendariats verpflichten, mindestens 5 Jahre
231 an einer Berliner Schule zu arbeiten.

232 • **Lehrerinnen und Lehrer wieder verbeamen:** Für sehr viele Lehrerinnen und Lehrer,
233 gerade auch für die besten, ist es entscheidend, ob die Möglichkeit der Verbeamtung
234 besteht oder nicht. Wir wollen den Berliner Lehrkräften zukünftig wieder die Verbeamtung
235 anbieten, um im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern konkurrenzfähig zu sein. Zur
236 Wiedereinführung der Verbeamtung gehört untrennbar der Aufbau eines entsprechenden
237 Pensionsfonds, damit die dadurch entstehenden finanziellen Lasten nicht zukünftigen
238 Generationen aufgebürdet werden.

239 • **Lehramt an Oberschulen attraktiv halten:** Aufgrund der Reform des
240 Grundschullehrerstudiums steigen in Zukunft Grundschullehrerinnen und -lehrer sowie
241 Oberschullehrerinnen und -lehrer auf der gleichen Gehaltsstufe in den Lehrerberuf ein. Um
242 auch in Zukunft noch Lehrerinnen und Lehrer für den fachlich anspruchsvollen Unterricht
243 in der Oberstufe zu gewinnen, sprechen wir uns dafür aus, dass Oberschullehrerinnen und -
244 lehrer bei Eignung nach spätestens 10 Jahren im Dienst regelbefördert werden.

- **Multiprofessionelle Unterstützungsteams einrichten:** Lehrerinnen und Lehrer müssen den Rücken frei für das Unterrichten haben. Ihre Kernaufgabe ist das Vermitteln von Wissen, Werten und Bildung, nicht das Schreiben von Statistiken oder die Pausenaufsicht. Mit der Einstellung von Verwaltungsleitern, Hausmeisterassistenten, IT-Experten und der Übertragung von Budgetverantwortung an die Schulen wurde in Berlin unter Regierungsbeteiligung der CDU der richtige Weg eingeschlagen. Dieser muss nun konsequent weiter verfolgt werden. Wir wollen, dass Unterstützungsteams aus Verwaltungsleitern, Sonderpädagogen, Hausmeistern, IT-Experten, Sozialarbeitern, studentischen pädagogischen Hilfskräften und gegebenenfalls Lehramts-Bachelor-Absolventen an jeder Schule eingesetzt werden.

- **Begrenzter Einsatz von Quereinsteigern:** Gute Unterrichtsqualität erreichen wir am besten mit ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern. Der Quereinstieg muss möglich sein, er kann Schulen auch bereichern. Es müssen aber folgende qualitätssichernde Maßnahmen greifen: Quereinsteiger, die noch nie mit Schülerinnen und Schülern gearbeitet haben, dürfen nicht völlig unvermittelt vor eine Schulklasse gestellt werden. Sie brauchen einen mehrwöchigen Vorbereitungskurs. Die Unterrichtsverpflichtung muss weiter reduziert und die Quereinsteigerquote pro Schule auf 20 Prozent begrenzt werden. Bei Nicht-Eignung muss die Möglichkeit zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses bestehen, die sofortige Vergabe unbefristeter Verträge halten wir für falsch. Pensionierte Lehrkräfte sollten gezielt für die Referendarausbildung und als Mentoren eingesetzt werden. Der „Quereinsteigs-Master“ darf nicht zu einem „Lehrer light“ führen.

5 Orientierung durch Wertevermittlung

Bildung umfasst neben der Vermittlung von Fähigkeiten und Fachwissen auch die Herausbildung einer individuellen Persönlichkeit mit einem eigenen Wertefundament auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes und des Grundgesetzes. Gerade in einer Metropole wie Berlin mit seiner heterogenen Gesellschaft aus vielen Nationen und Religionen brauchen junge Menschen heute Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Hierfür muss grundsätzlich das Elternhaus die Basis legen, aber auch die Schule muss dazu beitragen, dass unsere Kinder zu mündigen, urteilsfähigen und werteorientierten Mitgliedern unserer Gesellschaft heranreifen. Die CDU hat sich nachdrücklich gegen Beschneidungsversuche beim Geschichtsunterricht gewandt, jedoch bei den neuen, von Beliebigkeit geprägten Rahmenlehrplänen eine Verschlechterung der Bedingungen für Geschichte und Erdkunde nicht komplett verhindern können. Bei der Stärkung der politischen Bildung in der Schule hat der Berliner Senat Kernforderungen der CDU aufgenommen, ein eigenständiges Unterrichtsfach „Politik“ einzuführen, wenn auch die genaue Ausgestaltung noch abzuwarten bleibt.

- **„Demokratie-Parcours“:** Wir setzen bei der Geschichts- und Demokratieerziehung nicht auf Zwang, sondern auf erlebtes Lernen: Wir wollen, dass jeder Schüler und jede Schülerin in der Klassenstufe 7 bis 10 einen verbindlichen „Demokratie-Parcours“ durchläuft, in dem die Orte der deutschen Geschichte erlebbar gemacht werden. Die verschiedenen Stationen des „Demokratie-Parcours“ sollten dabei unter anderem Besuche in Gedenkstätten beider deutscher Diktaturen und von Orten der parlamentarischen Demokratie sein.

286 • **Wahlpflichtfach Ethik/Religion und staatlichen Islamunterricht einführen:** Die
287 Bereitschaft vieler Menschen in unserer Stadt, für sich und andere Verantwortung zu
288 übernehmen und Gemeinsinn zu zeigen, gründet in der Orientierung an Werten. Diese sind
289 häufig auch Ausdruck einer persönlichen Glaubensüberzeugung und Weltanschauung.
290 Deshalb fordert die CDU Berlin, dass der Religions- und Weltanschauungsunterricht seinen
291 festen Platz in der Schule hat und ein Wahlpflichtfachbereich Religion/Ethik eingeführt
292 wird. Hierzu muss konsequenterweise auch staatlich kontrollierter Islamunterricht
293 gehören.

Antragsteller:

Prof. Monika Grütters

Stefan Evers